

BSU



Zentralarchiv

MfS - BdL / Dok.

Nr. 003709

1. Exemplar

101499

BSIU

000001

125/75

Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Staatssicherheit
Der Minister

Berlin, den 6. 8. 1975

Vertrauliche Verschlusssache

MfS 008 734/75

779 A 33 Blatt

Dienstanweisung Nr. 5

über die politisch-operative Sicherung des Reiseverkehrs
von Bürgern der DDR nach nicht sozialistischen Staaten
und Westberlin

<u>Gliederung:</u>	<u>Seite</u>
Präambel	7 - 8
1. <u>Verantwortlichkeit für die politisch-operative Sicherung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin</u>	8 - 10
2. <u>Grundsätzliche Aufgaben zur politisch-operativen Sicherung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin</u>	10
2.1. Aufgaben aller operativen Dienstleistungen	10 - 12
2.1.1. Grundsätzliche Aufgaben auf dem Gebiet der linienspezifischen Arbeit im und nach dem Operationsgebiet	12 - 13
2.1.2. Grundsätzliche Aufgaben auf dem Gebiet der Abwehr	14 - 18
2.2. Grundsätzliche Aufgaben der Hauptabteilung VI bzw. der Abteilungen VI der BV/V	18 - 21
2.3. Grundsätzliche Aufgaben der Hauptabteilung VII bzw. der Abteilungen VII der BV/V	21 - 24
3. <u>Aufgabenstellung zur politisch-operativen Sicherung der dienstlichen Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin</u>	24
3.1. Politisch-operative Aufgaben der objektiv zuständigen operativen Dienstleistungen im Rahmen der politisch-operativen Einflußnahme auf die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, die Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie die gesellschaftlichen Organisationen	24 - 28
3.2. Politisch-operative Aufklärung und Bestätigung von Personen für dienstliche Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin	28 - 36

BSIU

000003

- 4 -

Seite

- 3.3. Der Einsatz von IM bei der politisch-operativen Sicherung der dienstlichen Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin 36 - 39
- 3.4. Spezielle politisch-operative Aufgaben im Zusammenhang mit der politisch-operativen Sicherung dienstlicher Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin 39 - 44
- 3.5. Spezielle politisch-operative Aufgaben nach Beendigung eines Einsatzes in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin 44 - 45
4. Aufgabenstellung zur politisch-operativen Sicherung der Touristenreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin 45
-
- 4.1. Politisch-operative Aufgaben aller operativen Dienstseinheiten 45 - 49
- 4.2. Politisch-operative Aufgaben der Hauptabteilung VI bzw. der Abteilungen VI der BV/V 50 - 51
5. Aufgabenstellung zur politisch-operativen Sicherung der Privatreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin 52
-
- 5.1. Politisch-operative Entscheidung über Anträge von Bürgern der DDR auf Privatreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin 52 - 53
- 5.2. Politisch-operative Aufgaben aller operativen Dienstseinheiten 53 - 56
- 5.3. Politisch-operative Aufgaben der Kreisdienststellen bzw. der Abteilung VI der Verwaltung Groß-Berlin 56 - 57
- 5.4. Politisch-operative Aufgaben bei der Bearbeitung der Anträge von DDR-Bürgern im Rentenalter 57 - 58

	Seite
6. <u>Spezifische Aufgaben von operativen Dienststeinheiten des MfS zur Sicherung des Reiseverkehrs nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin</u>	58 - 62
7. <u>Ausreisen von Ausländern und Staatenlosen mit ständigem Wohnsitz in der DDR (Personen mit Aufenthaltserlaubnis) nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin</u>	62 - 63
8. <u>Aufgaben auf dem Gebiet der politisch-operativen Auswertungs- und Informationstätigkeit</u>	63 - 64
9. <u>Schlußbestimmungen</u>	64 - 65

Durch die konsequente, auf die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, insbesondere auf die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gerichtete Friedenspolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft, ihre ständig wachsende Stärke und ihren internationalen Einfluß konnte eine Wende vom kalten Krieg zur Entspannung erreicht werden.

Die imperialistischen Staaten, insbesondere die BRD, waren gezwungen, in völkerrechtlich gültigen Verträgen die in Europa bestehenden Realitäten anzuerkennen.

Diese Entwicklung findet insbesondere ihren Ausdruck in der weltweiten Anerkennung der DDR, der Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und vielen nichtsozialistischen Staaten und in der gleichberechtigten Aufnahme der DDR in die Organisation der Vereinten Nationen.

Mit der schrittweisen Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz auf der Grundlage vertraglicher Vereinbarungen war es möglich und notwendig, daß mit der Herstellung normaler Beziehungen auf vielen Gebieten auch der Reiseverkehr zwischen der DDR und den nichtsozialistischen Staaten und Westberlin insbesondere aus dienstlichen, aber auch aus privaten und touristischen Gründen zunahm. Der ständig steigende Umfang der Ausreisen von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin führte im Zusammenhang mit den Regelungen zum Transitverkehr durch die DDR, den Möglichkeiten der Einreise und den in der DDR gewährten Bewegungsmöglichkeiten für einreisende Personen sowie im Zusammenhang mit dem umfangreichen Reiseverkehr zwischen der DDR und den anderen sozialistischen Staaten zu wesentlichen Veränderungen der politisch-operativen Lage.

BSU

000006

- 8 -

Der Gegner versucht, diese Möglichkeiten für die Organisation der subversiven Tätigkeit gegen die DDR und die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft zu mißbrauchen.

Da von den Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin alle gesellschaftlichen Bereiche und die Privatsphäre vieler DDR-Bürger berührt werden, stellt die Abwehr aller feindlichen Angriffe hohe Anforderungen an alle Dienstseinheiten, an deren koordinierte Zusammenarbeit und an das Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften.

Zur wirksamen Aufklärung und Verhinderung aller feindlichen Pläne, Absichten und Maßnahmen unter Mißbrauch des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie des Aufenthaltes dieser Personen in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin für feindliche Handlungen

w e i s e i c h a n :

1. Verantwortlichkeit für die politisch-operative Sicherung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin

Die politisch-operative Sicherung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin ist Aufgabe aller Dienstseinheiten des MfS entsprechend der ihnen übertragenen Verantwortlichkeit.

Es wird folgende spezielle Verantwortlichkeit festgelegt:

- Für die politisch-operative Sicherung der dienstlichen Ausreisen von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten zur Wahrnehmung staatlicher, gesellschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller, wirtschaftlich-kommerzieller oder sportlicher Interessen der DDR einschließlich des berufsbedingten grenzüberschreitenden Verkehrs sind verantwortlich

die für die abwehrmäßige Sicherung der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, der Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie der gesellschaftlichen Organisationen zuständigen operativen Diensteinheiten (im weiteren objektmäßig zuständige operative Diensteinheiten).

- Für die politisch-operative Sicherung der Auslandsvertretungen und der ständigen Auslandsinstitutionen der DDR in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin ist verantwortlich

die Hauptverwaltung A.

- Für die politisch-operative Sicherung der Touristenreisen von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sind verantwortlich

die objektmäßig bzw. territorial zuständigen operativen Diensteinheiten in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung VI bzw. den Abteilungen VI der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen.

BSiU

000008

- 10 -

- Für die politisch-operative Sicherung der Privatreisen von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin sind verantwortlich

die territorial zuständigen operativen Dienst-
einheiten in Abstimmung mit den objektmäßig
zuständigen operativen Dienst-
einheiten.

- Für die politisch-operative Sicherung der Grenz-
passage der Bürger der DDR sind verantwortlich

die Hauptabteilung VI bzw. die Abteilungen VI
der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen.

- Für die politisch-operative Sicherung des Antrags-
und Genehmigungsverfahrens sowie der eingesetzten
Kräfte der DVP sind verantwortlich

die Hauptabteilungen VII, die Abteilungen VII
der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen sowie die
Kreisdienststellen entsprechend der Zuständig-
keit.

2. Grundsätzliche Aufgaben zur politisch-operativen Sicherung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin

2.1. Aufgaben aller operativen Dienst- einheiten

Die Leiter aller operativen Dienst-
einheiten haben zu gewährleisten, daß die sich aus dieser Dienst-
anweisung für ihre Dienst-
einheiten ergebenden Auf-
gaben planmäßig in die Gesamtaufgabenstellung einge-
ordnet werden. Sie haben zu sichern, daß diese

Aufgaben vor allem gelöst werden durch den differenzierten und zielgerichteten Einsatz der IM und GMS und die zweckmäßige Nutzung aller geeigneten offiziellen Möglichkeiten, insbesondere im Rahmen des engen kameradschaftlichen Zusammenwirkens mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen sowie den anderen staatlichen und den wirtschaftsleitenden Organen, den Betrieben, Kombinat und Einrichtungen und den gesellschaftlichen Organisationen und Kräften.

Dabei sind die politisch-operativ bedeutsamen Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Möglichkeiten der Ausreise von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie zwischen der Ausreiseproblematik und dem Einreiseverkehr aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, dem Transitverkehr durch die DDR und dem Reiseverkehr zwischen der DDR und den anderen sozialistischen Staaten zu beachten.

Die Leiter aller operativen Dienstseinheiten haben grundsätzlich davon auszugehen, daß die im Zusammenhang mit dem Reiseverkehr von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu treffenden Entscheidungen eine genaue Prüfung der politischen und politisch-operativen Gesichtspunkte unter Beachtung der politisch-operativen Lage sowie die Berücksichtigung der politischen und politisch-operativen Konsequenzen bei Ablehnung erfordern.

2.1.1. Grundsätzliche Aufgaben auf dem Gebiet der linien-spezifischen Arbeit im und nach dem Operationsgebiet

- Aufklärung der Pläne, Absichten und Maßnahmen sowie Mittel und Methoden des Gegners, insbesondere offizieller Regierungsstellen, staatlicher und halbstaatlicher Organe, die in den entsprechenden staatlichen Verträgen und Vereinbarungen getroffenen Regelungen zum Reiseverkehr zwischen der DDR und den nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu umgehen bzw. zu unterwandern sowie durch Störung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin die Beziehungen der DDR zu den nichtsozialistischen Staaten und zu Westberlin zu diskreditieren.

- Aufklärung der Pläne, Absichten und Maßnahmen sowie Mittel und Methoden des Gegners, insbesondere der Geheimdienste und ihrer Stützpunkte in der DDR, der Zentren der politisch-ideologischen Diversion, der Konzerne, der kriminellen Menschenhändlerbanden und anderer krimineller Elemente, der Revanchistenorganisationen sowie rechts- und linksextremistischer und reaktionärer klerikaler Kreise, den Reiseverkehr von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu mißbrauchen, vor allem für

die Organisation des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens der DDR, insbesondere für die Abwerbung qualifizierter Kader,

die Organisierung der geheimdienstlichen Tätigkeit, insbesondere für Spionage und andere Formen des Landesverrats, für die Organisierung von Angriffen gegen die Volkswirtschaft und das sozialistische Eigentum sowie von Verletzungen dienstlicher Pflichten,

die Verbreitung der politisch-ideologischen Diversion,

die gegnerische Kontaktpolitik/-tätigkeit und feindliche Stützpunkttätigkeit sowie für

die Organisierung anderer feindlich-negativer Handlungen gegen die DDR

und Einleitung der erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung ihrer Realisierung bzw. zur wirksamen Bekämpfung.

- Feststellung und Nutzung der sich im Zusammenhang mit dem Reiseverkehr nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin verstärkenden Differenzierungsprozesse im Operationsgebiet u. a. operativ interessanter Hinweise zu Personen und Sachverhalten zur Qualifizierung der politisch-operativen Abwehrarbeit und der Arbeit im bzw. nach dem Operationsgebiet sowie Aufklärung der Reaktion der Bevölkerung und wichtiger Persönlichkeiten im Operationsgebiet.

2.1.2. Grundsätzliche Aufgaben auf dem Gebiet der Abwehr

- Zielgerichtete und wirksame vorbeugende Aufklärung, Bekämpfung und Verhinderung des Mißbrauchs des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin — für feindlich-negative Handlungen, vor allem auch zur Organisierung des staatsfeindlichen Menschenhandels sowie des ungesetzlichen Verlassens der DDR.

Es sind insbesondere solche Personen rechtzeitig zu erkennen sowie unverzüglich und zielstrebig politisch-operativ zu bearbeiten, die beabsichtigen, den Reiseverkehr nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin für feindlich-negative Handlungen, vor allem zur Organisierung des staatsfeindlichen Menschenhandels sowie für das ungesetzliche Verlassen der DDR zu mißbrauchen bzw. die vom Gegner dazu genutzt werden können.

Dabei sind ein möglicher gleichzeitiger Mißbrauch der verschiedenen Reisemöglichkeiten nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin und nach sozialistischen Staaten sowie Personen, deren Anträge auf Übersiedlung, Eheschließung, Familienzusammenführung bzw. auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR abgelehnt wurden, politisch-operativ zu berücksichtigen.

Alle politisch-operativen Maßnahmen zu nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin

reisenden Personen mit politisch-operativ bedeutsamen Verbindungen zu Vertretungen und bevorrechteten Personen nichtsozialistischer u. a. politisch-operativ interessierender Staaten und zu Korrespondenten aus diesen Staaten bzw. Westberlin sind unter Beachtung der Festlegungen in meinen Befehlen Nr. 16/74 und Nr. 17/74 mit der Hauptabteilung II bzw. den Abteilungen II der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen abzustimmen.

- Zielstrebige Entwicklung und Bearbeitung von operativen Vorgängen zu solchen Delikten wie Spionage, Landesverräterischer Treubruch, staatsfeindliche Verbindungen u. a., die im Zusammenhang stehen mit dem Mißbrauch des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin.
- Verstärkung und Qualifizierung der operativen Personenkontrolle über solche Personen, die bereits im Zusammenhang mit dem Reiseverkehr zwischen der DDR und den nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, insbesondere im Rahmen der gegnerischen Kontaktpolitik/-tätigkeit und feindlichen Stützpunkttätigkeit in Erscheinung getreten sind und bei denen auf Grund vorliegender Informationen bei möglichen Reisen dieser Personen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin feindlich-negative Handlungen nicht auszuschließen sind.
- Politisch-operative Auswertung aller Informationen über erfolgte Reisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie über Einreisen von Personen aus nichtsozialistischen

Staaten bzw. Westberlin in die DDR zum Erkennen von politisch-operativen Schwerpunkten und politisch-operativ bedeutsamen Hinweisen für die politisch-operative Sicherung des Reiseverkehrs nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin.

- Nutzung der erweiterten Möglichkeiten, bei operativer Notwendigkeit über erfolgte Antragstellung auf Privatreisen politisch-operativ interessierender Personen nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin informiert zu werden, (Voraussetzungen und Bedingungen sind in der 1. Durchführungsbestimmung geregelt),

- Durchführung folgender politisch-operativer Aufgaben nach Rückkehr von Bürgern der DDR aus nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin, einschließlich bei nichtfristgemäßer Rückkehr sowie bei ungesetzlicher Weiterreise in andere Länder:

• Einleitung aller notwendigen politisch-operativen Maßnahmen zum Erkennen von Hinweisen auf eine feindliche Tätigkeit und andere politisch-operativ relevante Handlungen, zur Abschöpfung politisch-operativ bedeutsamer Hinweise sowie zur Vervollkommnung der politisch-operativen Kenntnisse über die Regimeverhältnisse in den nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, einschließlich an den Grenzkontrollstellen;

- . Übergabe der erarbeiteten Hinweise an die zuständigen operativen Dienstseinheiten;
 - . unverzügliche Einleitung von Maßnahmen zur politisch-operativen Bearbeitung der Hinweise auf eine feindliche Tätigkeit bzw. politisch-operativ relevante Handlungen.
- Durchführung folgender politisch-operativer Aufgaben bei Nichtrückkehr von Bürgern der DDR aus nichtsozialistischen Staaten bzw. aus Westberlin:
- . Einleitung aller erforderlichen politisch-operativen Maßnahmen zur Aufklärung, insbesondere von

Gründen für die Nichtrückkehr,

Ursachen und Motiven bei ungesetzlichem Verlassen der DDR,

begünstigenden Bedingungen für das ungesetzliche Verlassen der DDR, die u. a. in Unzulänglichkeiten in den betrieblichen Bestätigungs- und Zustimmungsverfahren, im volkspolizeilichen Antrags- und Genehmigungsverfahren sowie im Prozeß der politisch-operativen Arbeit vorhanden sein können,

Möglichkeiten der gezielten Feindtätigkeit, u. a. Abwerbung von Bürgern der DDR,

Rückverbindungen der in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin verbliebenen Bürger DDR mit dem Ziel, ein feindliches Wirksamwerden und das ungesetzliche Verlassen der DDR

durch weitere Personen zu verhindern sowie diese Rückverbindungen bei operativer Eignung in die politisch-operative Bearbeitung einzubeziehen;

- . Einleitung von geeigneten politisch-operativen Maßnahmen, um die Rückkehr bzw. Rückführung der in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin verbliebenen Bürgern der DDR zu erreichen;
- . Koordinierung der politisch-operativen Aufgaben mit den Organen des MdI und politisch-operative Auswertung der durch sie erarbeiteten Informationen, u. a. im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens;
- . Abstimmung mit den zuständigen Dienstseinheiten der Linie IX zwecks Übernahme von Ermittlungsverfahren von der DVP in politisch-operativ begründeten Fällen.
- Übermittlung aller für die politisch-operative Sicherung des Reiseverkehrs nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin bedeutsamen Informationen an die zuständigen operativen Dienstseinheiten.

2.2. Grundsätzliche Aufgaben der Hauptabteilung VI bzw. der Abteilungen VI der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen

- Gewährleistung der sicheren Kontrolle und Abfertigung von Bürgern der DDR bei der Ausreise nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin

sowie bei der Wiedereinreise in die DDR.
Dabei sind insbesondere zu gewährleisten

die Verhinderung der Benutzung von ge- und
verfälschten Dokumenten zur Aus- bzw. Wieder-
einreise,

die Unterbindung der Aus- und Einschleusung
von Waffen, Munition, Sprengstoffen, Rausch-
giften u. a. Giften, Hetzmaterial sowie ande-
ren für feindlich-negative Handlungen verwend-
baren Gegenständen und Materialien, vor allem
durch Koordinierung von Maßnahmen im grenz-
überschreitenden Verkehr mit der Zollverwal-
tung der DDR.

- Abwehrmäßige Sicherung der Kräfte der Zollver-
waltung der DDR, die zur Lösung der sich im
Zusammenhang mit dem Reiseverkehr von Bürgern
der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und
Westberlin für die Zollverwaltung der DDR erge-
benden Aufgaben eingesetzt werden.

Dabei sind vor allem durch allseitige Nutzung
der IM und GMS und der offiziellen Möglichkei-
ten sowie durch zielgerichtete Verstärkung der
inoffiziellen Basis in den Sicherheitsbereichen

feindliche Kontaktaufnahmen,
Versuche der Abschöpfung von Staats- und
Dienstgeheimnissen,
Korruptionsversuche,
Mißbrauch von Dokumenten und Siegeln
u. a. negative Erscheinungen

rechtzeitig aufzudecken und zu verhindern, feindlich-negative und andere unzuverlässige Kräfte zu erkennen, politisch-operativ zu bearbeiten und bei operativer Notwendigkeit aus den entsprechenden Funktionen zu entfernen sowie Sicherheit und Ordnung in den Sicherungsbereichen zuverlässig zu gewährleisten.

- Systematische Auswertung der im Rahmen der Abwicklung und politisch-operativen Sicherung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin gewonnenen Informationen sowie Auswertung der Reiseanträge entsprechend der festgelegten Verantwortlichkeit.
- Orientierung der bei der politisch-operativen Sicherung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zusammenarbeitenden operativen Dienstseinheiten auf im Zuständigkeitsbereich erkannte politisch-operative Schwerpunkte, Angriffsrichtungen, Pläne, Absichten, Maßnahmen, Mittel und Methoden des Gegners sowie andere politisch-operativ bedeutsame Erscheinungen und Faktoren.
- Erarbeitung von Hinweisen zur Unterstützung der operativen Dienstseinheiten bei der Lösung der Aufgaben der Abwehr sowie der linienspezifischen Arbeit im und nach dem Operationsgebiet.
- Erarbeitung der Sicherungsvarianten für die Sicherung der Grenzübertrittsdokumente und Einweisung der mit dieser Aufgabe betrauten Mitarbeiter der zuständigen operativen Dienstseinheiten.

- Gewährleistung der Erfassung und Speicherung der Dokumente über die Ausreise von Bürgern der DDR und Sicherung einer ständigen Auskunftsbereitschaft über die Reisetätigkeit.
- Gewährleistung eines ständigen Überblicks zu aus dienstlichen Gründen ausgereisten Bürgern der DDR in Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung A und der Hauptabteilung XVIII.

2.3. Grundsätzliche Aufgaben der Hauptabteilung VII bzw. der Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen

- Abwehrmäßige Sicherung der Kräfte des MdI, die zur Lösung der sich im Zusammenhang mit dem Reiseverkehr nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin für die Organe des MdI ergebenden Aufgaben, insbesondere zur Abwicklung des Antrags- und Genehmigungsverfahrens, eingesetzt werden.

Dabei sind vor allem durch allseitige Nutzung der IM und GMS und der offiziellen Möglichkeiten sowie durch zielgerichtete Verstärkung der inoffiziellen Basis in den Sicherungsbereichen

feindliche Kontaktaufnahmen,
Versuche der Abschöpfung von Staats-
und Dienstgeheimnissen,
Korruptionsversuche,
Mißbrauch von Dokumenten und Siegeln
u. a. negative Erscheinungen

BSIU

000020

- 22 -

rechtzeitig aufzudecken und zu verhindern, feindlich-negative u. a. unzuverlässige Kräfte zu erkennen, politisch-operativ zu bearbeiten und bei operativer Notwendigkeit aus den entsprechenden Funktionen zu entfernen sowie Sicherheit und Ordnung in den Sicherheitsbereichen zuverlässig zu gewährleisten.

- Politisch-operative Einflußnahme auf die Organe des Mdi zur konsequenten Erfüllung der von ihnen im Zusammenhang mit dem Reiseverkehr von Bürgern der DDR nach nicht-sozialistischen Staaten und Westberlin zu lösenden Aufgaben sowie zur Durchsetzung der politisch-operativen Interessen des MfS.

Die Einflußnahme ist dabei zu konzentrieren auf

das einheitliche politisch richtige Handeln der Kräfte des Mdi im Antrags- und Genehmigungsverfahren,

die Aufklärung der Antragsteller, die politisch verantwortungsbewußte Prüfung der Anträge und die Herbeiführung politisch richtiger Entscheidungen im Zusammenwirken mit den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, den Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie mit den gesellschaftlichen Organisationen,

den zielstrebigen Einsatz der ABV und ihrer Freiwilligen Helfer sowie der Kräfte und Mittel der Kriminalpolizei einschließlich der Arbeitsrichtung I,

das enge, kameradschaftliche operative Zusammenwirken der Kräfte des MdI mit den Dienstseinheiten des MfS,

die systematische Abschöpfung der Bürger der DDR nach Wiedereinreise aus nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin,

die Durchführung aller erforderlichen Maßnahmen bei nichtfristgemäßer Rückkehr bzw. bei Nichtrückkehr aus nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin.

- Systematische Auswertung der im Rahmen der Abwicklung und politisch-operativen Sicherung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin gewonnenen Informationen.
- Orientierung der bei der politisch-operativen Sicherung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zusammenarbeitenden operativen Dienstseinheiten auf im Zuständigkeitsbereich erkannte politisch-operative Schwerpunkte, Angriffsrichtungen, Pläne, Absichten, Maßnahmen, Mittel und Methoden des Gegners sowie andere politisch-operativ bedeutsame Erscheinungen und Faktoren.

- Erarbeitung von Hinweisen zur Unterstützung der operativen Dienstseinheiten bei der Lösung der Aufgaben der Abwehr sowie der linienspezifischen Arbeit im und nach dem Operationsgebiet.

3. Aufgabenstellung zur politisch-operativen Sicherung der dienstlichen Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin

- #### 3.1. Politisch-operative Aufgaben der objektmäßig zuständigen operativen Dienstseinheiten im Rahmen der politisch-operativen Einflußnahme auf die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, die Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie die gesellschaftlichen Organisationen.

- ##### 3.1.1. Durch politisch-operative Einflußnahme ist zu sichern, daß die entsprechenden Grundsätze und Regelungen des Ministerrates der DDR zum Reiseverkehr zwischen der DDR und nichtsozialistischen Staaten sowie zwischen der DDR und Westberlin und auf dieser Grundlage die "Richtlinie für dienstliche Ausreisen aus der DDR und für Einreisen aus dienstlichen Gründen in die DDR" der Abteilung Auslandsdienstreisen in der Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR sowie die für die jeweiligen Bereiche zutreffenden spezifischen Regelungen konsequent durchgesetzt werden.

Dabei hat sich die politisch-operative Einflußnahme darauf zu konzentrieren, daß die Leiter der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, der Betriebe, Kombinate

BSU
000023

und Einrichtungen und die Vorsitzenden der gesellschaftlichen Organisationen (im weiteren staatliche Leiter und Vorsitzende gesellschaftlicher Organisationen)

die ihnen übertragene Verantwortung für die Auswahl, Überprüfung und Bestätigung von Personen, die für dienstliche Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin vorgesehen sind, voll wahrnehmen und dabei mit den jeweiligen Beratungs- und Kontrollgruppen, Kaderorganen sowie gesellschaftlichen Kräften eng zusammenarbeiten,

im Prozeß der Entscheidungsvorbereitung einen ständigen Informationsfluß zu den zuständigen operativen Diensteinheiten des MfS unter Wahrung der Geheimhaltung garantieren,

zur Wahrnehmung der staatlichen, gesellschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlich-kommerziellen oder sportlichen Interessen der DDR in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin einen relativ stabilen Personenkreis von Reisekadern im notwendigen Umfang unter Beachtung der spezifischen Aufgabenstellung bilden,

Möglichkeiten schaffen, politisch-operativ begründete Ablehnungen von Reisen nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin betrieblich zu legendieren,

die für dienstliche Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin vorgesehenen

BSIU

000024

- 26 -

Reisekader erst nach erfolgter Konsultation mit den zuständigen operativen Dienstseinheiten des MfS vorschlagen bzw. bestätigen,

die Reisekader erst nach ihrer Bestätigung vom vorgesehenen Einsatz informieren, sie entsprechend den staatlichen Regelungen schulen, be-
lehren und instruieren sowie ständig mit den bestätigten Reisekadern politisch-ideologisch arbeiten.

3.1.2. Lösung folgender politisch-operativer Aufgaben zur wirksamen politisch-operativen Einflußnahme im Prozeß der Entscheidungsvorbereitung:

- Bestätigung des Einsatzes von zuverlässigen und überprüften Personen in den Abteilungen Auslandsdienstreisen und den Reiestellen.
- Politisch-operative Zusammenarbeit mit Offizieren im besonderen Einsatz sowie mit IM und GMS, vor allem in Schlüsselpositionen zur Durchsetzung der sicherheitspolitischen und der politisch-operativen Interessen.
- Einleitung der erforderlichen Maßnahmen unter Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung zur Aufnahme bzw. zur Verhinderung der Aufnahme von IM und GMS in den Kreis der Reisekader.
- Feststellung und politisch-operative Aufklärung von Personen, die auf Grund ihrer Funktion, Aufgabenstellung bzw. gesellschaftlichen Betätigung für dienstliche Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin vorgesehen werden

könnten, um im Zusammenhang mit der Klärung der Frage "Wer ist wer?" bei operativer Notwendigkeit die Aufnahme dieser Personen in den Kreis der Reisekader-Kandidaten zu verhindern bzw. die Einbeziehung dieser Personen in die politisch-operative Sicherung der dienstlichen Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin bei operativer Eignung durch weitere politisch-operative Maßnahmen zu prüfen.

- Gewährleistung, daß von den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, den Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie den gesellschaftlichen Organisationen die festgelegten Bearbeitungsfristen eingehalten und den zuständigen operativen Dienststeinheiten des MfS alle erforderlichen Unterlagen über den Reisekader-Kandidaten vollständig, vor allem die Protokolle der Beratungskontrollgruppen und vorhandene Ermittlungs- bzw. Überprüfungsergebnisse, übergeben werden.
- Gewährleistung, daß von den staatlichen Leitern und den Vorsitzenden gesellschaftlicher Organisationen Anträge für dienstliche Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin nur gestellt werden, wenn die unbedingte Notwendigkeit dafür besteht.
- Gewährleistung, daß bei der Auswahl und Bestätigung von Reisekadern alle entsprechenden staatlichen Regelungen und Festlegungen zum Geheimnisschutz exakt eingehalten bzw. verwirklicht werden.

- Gewährleistung, daß bei der Erarbeitung des Informationsbedarfs für die Berichterstattung der Reisekader unter Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung die politisch-operativen Interessen des MfS berücksichtigt werden.

3.2. Politisch-operative Aufklärung und Bestätigung von Personen für dienstliche Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin

3.2.1. Entscheidungen zur Bestätigung bzw. Ablehnung von Personen, die für dienstliche Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin vorgeschlagen wurden, sind grundsätzlich nach den auf den entsprechenden Beschlüssen des Ministerrates basierenden und in der 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstanweisung enthaltenen Kriterien zu treffen.

Die Bestätigung von Personen für dienstliche Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin hat auf der Grundlage der politisch-operativen Aufklärungsergebnisse grundsätzlich

vom Leiter der objektmäßig zuständigen operativen Dienst Einheit,

bei langfristigen Einsätzen von Personen aus dem Zuständigkeitsbereich der Bezirksverwaltung/Verwaltung

vom zuständigen Stellvertreter Operativ

zu erfolgen.

Bei langfristigen Einsätzen ist zur Sicherung zentraler politisch-operativer Interessen und zur Gewährleistung eines zentralen Überblicks über eingesetzte Personen die Zustimmung der zuständigen Hauptabteilung erforderlich.

Sind Personen, die für dienstliche Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin vorgeschlagen wurden, in der Abteilung XII des MfS für andere Dienstseinheiten aktiv erfaßt, hat die politisch-operative Aufklärung und die Bestätigung bzw. Ablehnung erst nach Abstimmung mit dem Leiter der für die Erfassung zuständigen Dienstseinheit zu erfolgen.

Bei Einsätzen von Reisekader-IM zur Blickfeldarbeit und zur Durchführung von anderen offensiven Maßnahmen im Operationsgebiet sind die Festlegungen über die Bestätigung im Abschnitt 3.3.1. zu realisieren.

3.2.2. Gegenüber den staatlichen Leitern und Vorsitzenden gesellschaftlicher Organisationen ist nur zu solchen Personen, die für dienstliche Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin vorgesehen sind, zuzustimmen, die

politisch zuverlässig sind,
die DDR in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin würdig vertreten und
die Sicherheit gewährleisten.

Zur Vorbereitung dieser Entscheidung sind über alle für dienstliche Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin vorgesehenen Personen Sicherheitsüberprüfungen durchzuführen.

Folgende politisch-operative Maßnahmen sind zu lösen:

Prüfung der Unterlagen auf Vollständigkeit und auf ordnungsgemäße, den staatlichen Grundsätzen entsprechende Bearbeitung durch die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, die Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie die gesellschaftlichen Organisationen;

Überprüfung der Person in der Abteilung XII des MfS, in den Informationsspeichern der operativen Dienstseinheiten und in der Hauptabteilung VI sowie Auswertung der dabei erhaltenen Informationen einschließlich von Archivmaterialien;

Durchführung von operativen Ermittlungen in den Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereichen der Person, insbesondere durch Einsatz von IM und GMS.

Bei vorgesehenen langfristigen Einsätzen in nicht-sozialistischen Staaten und Westberlin (über 6 Monate) sind über mitreisende Familienangehörige die gleichen Sicherheitsüberprüfungen durchzuführen;

Durch die operativen Ermittlungen und Überprüfungen zu den für dienstliche Ausreisen vorgesehenen Personen sind aufzuklären

politisch-ideologisches Gesamtverhalten, Entwicklung des sozialistischen Staatsbewußtseins, politische Zuverlässigkeit;

Verbindungen in der DDR und deren Charakter;

familiäre Verhältnisse, Vermögensverhältnisse;

Charaktereigenschaften, persönliche Eigenheiten, moralische Festigkeit, Korruptionsanfälligkeit;

Verbindungen, einschließlich die der Familienangehörigen, zu Personen außerhalb der DDR, insbesondere in nichtsozialistische Staaten und Westberlin sowie deren Charakter.

Handelt es sich bei den für dienstliche Ausreisen vorgesehenen Personen um Verwandte 1. Grades von Geheimnisträgern einschließlich von Angehörigen bewaffneter Organe, ist in Vorbereitung der Entscheidung eine Abstimmung mit der für die Arbeitsstelle des Geheimnisträgers zuständigen operativen Dienst Einheit, bei Angehörigen und Zivilbeschäftigten des MfS mit der Hauptabteilung Kader und Schulung bzw. mit den Abteilungen Kader und Schulung der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen, vorzunehmen.

Nach Einschätzung aller operativen Ermittlungs- und Überprüfungsergebnisse ist zu sichern, daß differenzierte operative Kontrollmaßnahmen - in besonders begründeten Fällen operative Personenkontrolle entsprechend meiner Richtlinie Nr. 1/71 - zur politisch-operativen Sicherung von Personen, die für dienstliche Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin vorgesehen sind, und zur Aufklärung bzw. Verhinderung von feindlich-negativen und anderen politisch-operativ relevanten Handlungen eingeleitet werden.

3.2.3. Für dienstliche Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin vorgesehene Personen sind unabhängig von der Anwendung der entsprechenden Kriterien (gemäß 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstanweisung) abzulehnen, wenn

die vorgeschlagene Person durch feindlich-negative Handlungen in Erscheinung getreten ist bzw. der Verdacht besteht, solche zu begehen,

Hinweise auf die Organisierung des staatsfeindlichen Menschenhandels bzw. des ungesetzlichen Verlassens der DDR vorliegen,

politische, charakterliche und familiäre Unsicherheitsfaktoren vorhanden sind, die bei einem Einsatz in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin ein nichtvertretbares Risiko bedeuten bzw. vom Gegner genutzt werden können,

die persönliche Sicherheit der vorgeschlagenen Person bzw. der mitreisenden Familienangehörigen gefährdet ist,

die vorgeschlagene Person in der ZZ-Arbeit eingesetzt bzw. Geheimnisträger ist, außer, der Einsatz dieser Person ist zur Realisierung der betreffenden Aufgabe unbedingt erforderlich.

Ablehnungen von Personen, die für dienstliche Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin vorgeschlagen wurden, sind bei den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, den Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie den gesellschaftlichen Organisationen zu realisieren.

Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit über diese Personen eine generelle Ausreisesperre, insbesondere nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, einzuleiten ist. Voraussetzungen und Bedingungen sind in der Dienstanweisung Nr. 6/75 geregelt.

Die zuständige Hauptabteilung ist zwecks Einleitung der erforderlichen Maßnahmen bei den zentralen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen bzw. gesellschaftlichen Organisationen in dem Fall zu informieren, wenn die Ablehnung einer dienstlichen Ausreise bei den betreffenden staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, den Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie den gesellschaftlichen Organisationen auf Grund nichtübereinstimmender Auffassungen bzw. aus politisch-operativen Gründen nicht realisiert werden kann.

Bei Ablehnungen von Personen für dienstliche Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin ist der auftraggebenden Hauptabteilung das politisch-operative Aufklärungsergebnis mit der vom zuständigen stellvertretenden Leiter der Hauptabteilung/selbständigen Abteilung bzw. vom zuständigen Stellvertreter Operativ der Bezirksverwaltung/Verwaltung bestätigten Begründung für die Ablehnung zu übersenden.

- 3.2.4. Übersendung von Auskunftsberichten an die zuständige Hauptabteilung über die für einen langfristigen Einsatz in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin gemäß Abschnitt 3.2.1. bestätigten Personen, einschließlich über mitreisende Ehepartner.

BSU

000032

- 34 -

Die Auskunftsberichte haben außer der Darstellung der Entwicklung der Person und des Persönlichkeitsbildes sowie der schriftlichen Bestätigung der Person für den langfristigen Einsatz durch den gemäß Abschnitt 3.2.1. zuständigen Leiter vor allem Einschätzungen zu enthalten über

die politische Zuverlässigkeit der Person,

den Charakter dienstlicher und privater Kontakte nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin,

negative bzw. Unsicherheitsfaktoren,

bisher durchgeführte Reisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin,

eingeleitete politisch-operative Maßnahmen, insbesondere politisch-operative Kontrollmaßnahmen, und deren bisherige Ergebnisse.

Die Auskunftsberichte sind auf der Grundlage folgender Materialien zu erarbeiten:

Angaben zur Person auf der Grundlage des Fragebogens und eines ausführlichen Lebenslaufes;

Angaben zum Verantwortungs- und Arbeitsbereich;

Einschätzung der Person durch die Beratungs- und Kontrollgruppe des delegierenden Organs;

Einschätzung der Person durch den für die Delegation verantwortlichen staatlichen Leiter;

operative Ermittlungen und inoffizielle Einschätzungen aus dem Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich;

Verwandtenaufstellung (bis 2. Grades);

operative Ermittlungen zu den Verwandten 1. Grades;

offizielle und inoffizielle Einschätzungen über bereits durchgeführte Auslandseinsätze.

- 3.2.5. Ständige Vervollkommnung der operativen Aufklärungsergebnisse über die bestätigten Reisekader. Dabei sind Personen, die wiederholt zum langfristigen Einsatz kommen, erneut entsprechend den Festlegungen dieser Dienstanweisung politisch-operativ aufzuklären und zu bestätigen.

Unabhängig davon sind sofort entsprechende Überprüfungsmaßnahmen einzuleiten, wenn

wesentliche Voraussetzungen, die zur Bestätigung als Reisekader führten, entfallen sind oder

Hinweise bekannt werden, die die Sicherheit des Reisekaders nicht mehr gewährleisten bzw. die auf feindlich-negatives Verhalten des Reisekaders schließen lassen.

Bei Notwendigkeit sind entsprechende politisch-operative Maßnahmen zur Verhinderung erneuter dienstlicher Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, einschließlich der Einleitung von Ausreisesperre auf der Grundlage der

Dienstanweisung Nr. 6/75 bzw. zur Zurückführung der betreffenden Person in die DDR durchzuführen.

3.2.6. Die bestätigten Reisekader sind auf der Grundlage der in der 3. Durchführungsbestimmung zu meinem Befehl Nr. 299/65 festgelegten Voraussetzungen und Bedingungen in die VSH-Karteien aufzunehmen.

3.3. Der Einsatz von IM bei der politisch-operativen Sicherung der dienstlichen Ausreisen nach nicht-sozialistischen Staaten und Westberlin

3.3.1. Die Leiter aller operativen Dienstseinheiten sind entsprechend der Zuständigkeit dafür verantwortlich, daß der Reiseverkehr der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, der Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie der gesellschaftlichen Organisationen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin mit geeigneten IM politisch-operativ gesichert wird.

Dabei sind alle Maßnahmen des Einsatzes und der Gewinnung von IM auf der Grundlage meiner Richtlinien Nr. 1/68 und 2/68 und folgender Prinzipien vorzubereiten und durchzuführen:

- Die Auswahl von IM und die Gewinnung von IM unter Reisekadern hat unter Beachtung der Entwicklung der Auslandsbeziehungen zu nichtsozialistischen Staaten und Westberlin planmäßig, langfristige und schwerpunktmäßig zu erfolgen.

- Der Einsatz von IM als Reisekader in nicht-sozialistische Staaten und Westberlin hat nur

dann zu erfolgen, wenn deren politisch-operative Zuverlässigkeit überprüft und eindeutig festgestellt wurde, vor allem bei der Lösung von Aufgaben im Rahmen der politisch-operativen Sicherung im Innern der DDR.

Bestehen Zweifel an der politisch-operativen Zuverlässigkeit der Reisekader-IM, sind geeignete Maßnahmen zur umfassenden Überprüfung und bei politisch-operativer Notwendigkeit zur legierten Herauslösung des IM aus dem Kreis der Reisekader einzuleiten.

- Der Einsatz von Reisekader-IM zur Blickfeldarbeit und zur Durchführung von anderen offensiven Maßnahmen im Operationsgebiet ist

bei kurzfristigen Dienstreisen vom Leiter der zuständigen Hauptabteilung,

bei langfristigen Einsätzen vom Leiter der Hauptverwaltung A in Abstimmung mit dem Leiter der zuständigen Hauptabteilung

zu bestätigen.

Dazu sind entsprechende Konzeptionen über die Ziel- und Aufgabenstellung sowie über die Mittel und Methoden ihrer Lösung in Abstimmung mit der zuständigen Hauptabteilung zu erarbeiten und dieser zu übersenden.

- Sind IM für einen langfristigen Einsatz in nicht-sozialistische Staaten bzw. in Westberlin vorgesehen, ist die Hauptverwaltung A über die zuständige Hauptabteilung zu informieren. Für die

BSIU

000036

- 38 -

Dauer des Einsatzes sind die IM der Hauptverwaltung A zu übergeben. Spezielle Interessen bei der Bearbeitung operativer Vorgänge in Richtung Operationsgebiet sind über die zuständige Hauptabteilung mit der Hauptverwaltung A abzustimmen.

3.3.2. Der Einsatz von Reisekader-IM zur allseitigen politisch-operativen Sicherung der dienstlichen Ausreisen hat sich zu konzentrieren auf

die Aufklärung der Pläne, Absichten und Maßnahmen sowie Mittel und Methoden des Gegners, die vor allem gegen die außenpolitische und handelspolitische Zielstellung der Auslandsbeziehungen der DDR sowie gegen die politischen, ökonomischen und ideologischen Prozesse im Innern der DDR gerichtet sind,

die operative Kontrolle von Reisekadern zum Erkennen von feindlich-negativen Handlungen u. a. Unsicherheitsfaktoren und die Einleitung von Maßnahmen entsprechend der festgelegten Verhaltenslinie,

die Aufklärung der Regimeverhältnisse in nicht-sozialistischen Staaten und Westberlin einschließlich bei der Grenzpassage sowie die Feststellung von Hinweisen für die Arbeit im und nach dem Operationsgebiet.

Die Reisekader-IM sind in Abstimmung mit der Hauptverwaltung A bzw. mit den zuständigen Hauptabteilungen umfassend auf den Einsatz vorzubereiten. Es sind Verhaltenslinien unter Beachtung der

entsprechenden staatlichen Festlegungen über die Verhaltensweisen von dienstlich im Ausland weilenden Bürgern der DDR festzulegen, insbesondere

für die Grenzpassage und den Aufenthalt in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin,

bei Kontakten mit imperialistischen Geheimdiensten und solchen Organen wie Polizei, Zoll, Auslandsämter u. a.

- 3.4. Spezielle politisch-operative Aufgaben im Zusammenhang mit der politisch-operativen Sicherung dienstlicher Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin

- 3.4.1. Politisch-operative Aufgaben der Hauptabteilungen II, VI, VII, XVIII, XIX und XX

Die Leiter der genannten Hauptabteilungen sind dafür verantwortlich, daß entsprechend der Zuständigkeit folgende Aufgaben gelöst werden:

- Koordinierung aller Maßnahmen zur politisch-operativen Sicherung der dienstlichen Ausreisen von Delegationen nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin entsprechend der Zuständigkeit für die abwehrmäßige Sicherung des delegierenden Organs.
- Realisierung der Ablehnungen von dienstlichen Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin bei Wahrung der Konspiration über die zentralen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe sowie gesellschaftlichen Organisationen,

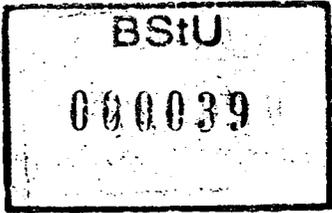
BSU

000038

- 40 -

wenn diese durch die zuständigen operativen Dienstseinheiten bei den betreffenden staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, den Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie den gesellschaftlichen Organisationen nicht realisierbar sind.

- Übermittlung von Hinweisen an die zuständigen operativen Dienstseinheiten über operativ bedeutsame Entwicklungstendenzen der Auslandsbeziehungen der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, der Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie der gesellschaftlichen Organisationen.
- Unterstützung der operativen Dienstseinheiten bei der Vorbereitung von Reisekader-IM auf ihren Einsatz in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin sowie bei der Erarbeitung von Konzeptionen für den Einsatz von Reisekader-IM zur Blickfeldarbeit und zur Durchführung von anderen offensiven Maßnahmen im Operationsgebiet.
- Koordinierung des Einsatzes der IM zur operativen Bearbeitung der feindlichen Zentren der Störtätigkeit und der Ausgangspunkte der Feindtätigkeit im Operationsgebiet in Abstimmung mit der Hauptverwaltung A.
- Zentrale Erfassung sowie systematische Auswertung aller Informationen über feindlich-negative Handlungen im Zusammenhang mit dienstlichen Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie Orientierung der operativen Dienstseinheiten über gewonnene Erkenntnisse zu Plänen,



Absichten und Maßnahmen sowie Mittel und Methoden des Gegners in Abstimmung mit der nicht-strukturellen Arbeitsgruppe gemäß Abschnitt 3.4.3.

- Rechtzeitige Information der Hauptverwaltung A über geplante langfristige Einsätze von Bürgern der DDR in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin, spätestens 3 Monate vor der Ausreise,
- Übergabe der Unterlagen zu Reisekadern für langfristige Einsätze in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin an die Hauptverwaltung A nach erfolgter Bestätigung bzw. Zustimmung gemäß Abschnitt 3.2.1.

3.4.2. Politisch-operative Aufgaben der Hauptverwaltung A

Schaffung und ständige Vervollkommnung aller erforderlichen Voraussetzungen zur umfassenden politisch-operativen Sicherung der Auslandsvertretungen und der ständigen Auslandsinstitutionen der DDR in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung, insbesondere der langfristigen Einsätze von Bürgern der DDR in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin sind folgende Aufgaben zu lösen:

- Orientierung der zuständigen Hauptabteilungen über Erkenntnisse zu Plänen, Absichten und Maßnahmen sowie Mittel und Methoden des Gegners, die sich vor allem gegen die Reisekader richten,
- Entscheidung über die operative Zusammenarbeit mit IM während langfristiger Einsätze in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin unter Beachtung der konkreten Bedingungen in den betreffenden Staaten bzw. in Westberlin und der vorhandenen Erkenntnisse über die Arbeit des Gegners.
Dazu ist rechtzeitig mit den operativen Dienst-einheiten in Abstimmung mit der zuständigen Hauptabteilung zusammenzuarbeiten.
- Zusammenarbeit mit den operativen Dienst-einheiten bei der Vorbereitung von IM auf langfristige Einsätze in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin, vor allem durch Übermittlung von Erfahrungen und Erkenntnissen zu Regimefragen und für das Verhalten in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin,
- Erarbeitung von Hinweisen über das Verhalten von Reisekadern während des Aufenthaltes in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin und Übergabe an die zuständige operative Dienst-einheit,
- Erarbeitung politisch-operativer Einschätzungen über die Reisekader, deren langfristiger Einsatz in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin beendet ist und Übergabe an die zuständige operative Dienst-einheit,

- Information der zuständigen operativen Dienst-
einheit über notwendige vorzeitige Rückführun-
gen von Reisekadern und Abstimmung über einzu-
leitende politisch-operative Maßnahmen.

3.4.3. Die Leiter aller operativen Dienstseinheiten haben zu gewährleisten, daß bei der politisch-operativen Sicherung der dienstlichen Ausreisen eng mit den anderen zuständigen operativen Dienstseinheiten, insbesondere mit den zuständigen Abteilungen der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen, den zuständigen Hauptabteilungen und bei langfristigen Einsätzen in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin mit der Hauptverwaltung A, zusammengearbeitet wird.

Das zentrale Organ für die Koordinierung politisch-operativer Maßnahmen im Zusammenhang mit der politisch-operativen Sicherung langfristiger Einsätze in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin ist eine nichtstrukturelle Arbeitsgruppe.

Ständige Mitglieder der nichtstrukturellen Arbeitsgruppe sind:

Vertreter der Hauptverwaltung A - Leiter der

Arbeitsgruppe

Vertreter der Hauptabteilungen II, XVIII, XIX, XX

Zu Beratungen der Arbeitsgruppe können entsprechend der operativen Notwendigkeit Vertreter anderer Hauptabteilungen hinzugezogen werden.

Die Arbeitsgruppe hat u. a. folgende Aufgaben zu lösen:

- Beratung von Grundsatzfragen zur politisch-operativen Sicherung langfristiger Einsätze in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin und Vorbereitung entsprechender zentraler Entscheidungen.
- Abstimmung und Koordinierung von Maßnahmen zur politisch-operativen Sicherung langfristiger Einsätze in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin.
- Auswertung von Erfahrungen und Erkenntnissen bei der politisch-operativen Sicherung dienstlicher Ausreisen nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin zur Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit aller zuständigen operativen Dienst-einheiten.

3.5. Spezielle politisch-operative Aufgaben nach Beendigung eines Einsatzes in nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin

Die Leiter der zuständigen operativen Dienst-einheiten haben unter Beachtung der in Abschn. 2.1.2. festgelegten politisch-operativen Aufgabenstellung zu sichern, daß

die von den Reisekadern angefertigten Reisebe-richte, insbesondere durch die Nutzung von Offi-zieren im besonderen Einsatz, IM und GMS, in den Abteilungen Auslandsdienstreisen und Reises-tellen zielgerichtet analysiert werden,

die dabei erarbeiteten Informationen zum Erken-nen von politisch-operativen Schwerpunkten im

Reiseverkehr nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie von feindlichen Angriffen gegen den Zuständigkeitsbereich ausgewertet werden,

ein entsprechender Informationsfluß zu den zuständigen Hauptabteilungen über erkannte Pläne, Absichten und Maßnahmen sowie Mittel, Methoden und Angriffsrichtungen des Gegners erfolgt.

Bei Verrat von Reisekadern einschließlich von Mitarbeitern der Auslandsvertretungen und ständigen Auslandsinstitutionen sind alle notwendigen politisch-operativen Maßnahmen einzuleiten zur verstärkten politisch-operativen Sicherung der Auslandsvertretungen und ständigen Auslandsinstitutionen und ihrer Mitarbeiter sowie der delegierenden staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie der gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere zur Verhinderung des weiteren Wirksamwerdens des Gegners.

4. Aufgabenstellung zur politisch-operativen Sicherung der Touristenreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin
- 4.1. Politisch-operative Aufgaben aller operativen Diensteinheiten
- 4.1.1. Durch politisch-operative Einflußnahme auf die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, die Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie die gesellschaftlichen Organisationen ist zu sichern,

daß die entsprechenden Grundsätze und Regelungen des Ministerrates der DDR für die Entsendung von Touristen der DDR nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin konsequent durchgesetzt werden.

Durch die politisch-operative Einflußnahme ist vor allem zu gewährleisten, daß

nur die in den entsprechenden Grundsätzen und Regelungen des Ministerrates festgelegten antragsberechtigten Leiter (vgl. 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstanweisung) Anträge für Mitarbeiter ihres Verantwortungsbereiches stellen und den notwendigen Informationsfluß zu den zuständigen operativen Dienstseinheiten des MfS sichern,

bei der Entsendung von Touristen der DDR nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin eine echte politische Repräsentation der Bevölkerung der DDR gewährleistet ist,

die Auswahl der Personen entsprechend den Auswahlprinzipien (vgl. 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstanweisung) erfolgt und Reisen nur an Bürger der DDR vergeben werden, die die DDR würdig vertreten und durch ihre gesellschaftlichen Funktionen und ihre aktive Mitarbeit fest mit unserem Staat verbunden sind,

die antragsberechtigten Leiter bei der Auswahl von Personen für Touristenreisen nach nichtsozialistischen Staaten eng mit den gesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten und sichern, daß die Ausgabe der Visafragebogen an

die für Touristenreisen vorgesehenen Personen erst erfolgt, wenn zu den Personen durch die zuständige operative Dienst Einheit - nach entsprechenden Sicherheitsüberprüfungen - keine Ablehnung ausgesprochen wurde,

bei der Auswahl von Personen für Touristenreisen nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin die politisch-operativen Interessen des MfS, insbesondere zur inoffiziellen Absicherung der Touristenreisen durchgesetzt werden,

alle entsprechenden staatlichen Regelungen und Festlegungen zum Geheimnisschutz bei der Auswahl von Personen exakt eingehalten bzw. verwirklicht werden.

- 4.1.2. Die Sicherheitsüberprüfungen zu den für Touristenreisen vorgesehenen Personen sind auf der Grundlage der Festlegungen im Abschnitt 3.2.2. dieser Dienstanweisung durchzuführen.

Für Touristenreisen nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin vorgesehene Personen sind unter Beachtung der Auswahlprinzipien und der Ablehnungskriterien (gemäß 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstanweisung) gegenüber den antragsberechtigten Leitern grundsätzlich abzulehnen, wenn

die Person durch feindlich-negative Handlungen in Erscheinung getreten ist bzw. der Verdacht besteht, solche zu begehen,

Hinweise auf staatsfeindlichen Menschenhandel sowie ungesetzliches Verlassen der DDR vorlie-

BSIU

000046

- 48 -

gen einschließlich zu in der Vergangenheit be-
gangenen derartigen Handlungen.

Ist eine Ablehnung auf Grund nichtübereinstimmen-
der Auffassungen bzw. aus operativen Gründen bei
den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen,
den Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie
den gesellschaftlichen Organisationen nicht rea-
lisierbar, ist in besonders begründeten Fällen
die Abteilung VI der Bezirksverwaltung/Verwaltung
bzw. die Hauptabteilung VI zwecks Einleitung der
erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung der Bu-
chung bei den zuständigen Dienststellen des Reise-
büros der DDR zu informieren.

Die Bestätigung von Personen für Touristenreisen
nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin
hat

vom Leiter der objektmäßig bzw. territorial
zuständigen operativen Dienst Einheit

zu erfolgen.

Die für Touristenreisen nach nichtsozialistischen
Staaten bzw. Westberlin bestätigten Personen sind
sofort der Hauptabteilung VI, ^{Bereich Auslandsreis-}
~~Arbeitsgruppe Koer-~~
^{nung, HSt. 3}
~~einigung,~~ in den Bezirksverwaltungen/Verwaltungen
über die Abteilung VI, mitzuteilen (Personalien,
Arbeitsstelle).

Sind bei bestätigten Personen politisch-ope-
rative Kontrollmaßnahmen während der Touri-
stenreise nach nichtsozialistischen Staaten
bzw. Westberlin auf Grund politisch-operativ
bedeutsamer Merkmale erforderlich, sind

2. Ergänzung,
DA 4175

diese unter Einsatz geeigneter, vor allem inoffizieller Möglichkeiten der eigenen operativen Dienst-
einheit und nach Abstimmung mit der zuständigen
Diensteinheit der Linie VI festzulegen. Werden
zentrale operative Kontrollmaßnahmen notwendig,
ist ein schriftlicher Antrag - spätestens 6 Wochen
vor Reiseantritt - an die Hauptabteilung VI, ^{Bereich} ~~Ar-~~
~~beitsgruppe Koordination, Dpt. 31~~ zu übermitteln.

Der Antrag hat zu enthalten:

- Angaben zur Person und 5 Lichtbilder,
- kurzer Sachverhalt,
- Zielstellung der operativen Kontrollmaßnahmen.

4.1.3. Die Leiter aller operativen Diensteinheiten, insbesondere die Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen haben solche Voraussetzungen zu schaffen, daß bei der Entsendung von Touristendelegationen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin anlässlich sportlicher, kultureller u. a. gesellschaftlicher Ereignisse kurzfristig geeignete, den sicherheitspolitischen Erfordernissen und insbesondere den Festlegungen dieser Dienst-anweisung entsprechende Personen eingesetzt werden können.

Sie sind dafür verantwortlich, daß die Touristen-delegationen bzw. Touristen aus ihrem Zuständigkeitsbereich mit geeigneten und zuverlässigen IM und GMS auf der Grundlage der jeweiligen dienstlichen Bestimmung bzw. Weisung politisch-operativ abgesichert werden.

4.2. Politisch-operative Aufgaben der Hauptabteilung VI bzw. der Abteilungen VI der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen

- Information der zuständigen operativen Dienst Einheit über die Vergabe von Kontingenten für Touristenreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin an staatliche und wirtschaftsleitende Organe, Betriebe, Kombinate und Finrichtungen sowie gesellschaftliche Organisationen.

- Einfügung: s. Pkt. 4. der 2. Ergänzung zu DA 4/75

- Koordinierung der Zusammenarbeit der zuständigen operativen Dienst Einheiten im Prozeß der operativen Bearbeitung der Anträge und der politisch-operativen Absicherung der Reisegruppen, insbesondere

Einsatz von erfahrenen, zuverlässigen und überprüften IM und GMS als Reiseleiter und als Mitglieder der Reisegruppe in Abstimmung mit den operativen Dienst Einheiten.

- Instruierung und Beauftragung der IM und GMS in Zusammenarbeit mit den zuständigen operativen Dienst Einheiten.

Der Einsatz der IM hat sich insbesondere zu richten auf die

Aufklärung der Pläne, Absichten und Maßnahmen des Gegners, vor allem zur Organisierung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Einleitung von Maßnahmen zur Verhinderung ihrer Realisierung,

Aufklärung der Mittel und Methoden der politisch-ideologischen Diversion sowie der gegnerischen Kontaktpolitik/-tätigkeit und der feindlichen Stützpunkttätigkeit,

Realisierung der operativen Kontrollmaßnahmen entsprechend der konkreten Aufgabenstellung,

Verhinderung der Abschöpfung von Staats- und Dienstgeheimnissen sowie anderen bedeutsamen politischen, ökonomischen und militärischen Informationen durch gegnerische Kräfte.

- Einleitung der erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung von Buchungen bei den zuständigen Dienststellen des Reisebüros der DDR, wenn Personen auf Grund nichtübereinstimmender Auffassungen bzw. aus operativen Gründen bei den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, den Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie bei den gesellschaftlichen Organisationen nicht abgelehnt werden konnten und in diesen besonders begründeten Fällen eine entsprechende Information der zuständigen operativen Dienst-einheit gemäß Abschnitt 4.1.2. vorliegt.
- Prüfung der Möglichkeit der Einleitung von Ausreisesperre auf der Grundlage der Dienst-anweisung Nr. 6/75, insbesondere in solchen Fällen, wenn nach mehrmaliger Ablehnung mit wiederholten Anträgen auf Touristenreisen nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin zu rechnen ist.

5. Aufgabenstellung zur politisch-operativen Sicherung der Privatreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin

5.1. Politisch-operative Entscheidungen über Anträge von Bürgern der DDR auf Privatreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin

Die Leiter der Kreisdienststellen der Bezirksverwaltungen und der Leiter der Abteilung VI der Verwaltung Groß-Berlin haben in eigener Zuständigkeit gegenüber der DVP zu entscheiden über Anträge von Bürgern der DDR auf Privatreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, die zum antragsberechtigten Personenkreis gemäß 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstweisung gehören und ihren Hauptwohnsitz im Kreisgebiet bzw. in der Hauptstadt der DDR, Berlin, haben.

Liegt die Arbeitsstelle des Antragstellers im Zuständigkeitsbereich einer anderen operativen Dienst Einheit, haben sie zur Vorbereitung ihrer Entscheidung von dieser operativen Dienst Einheit eine entsprechende Stellungnahme zum Antrag einzuholen.

Die Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen haben über Anträge auf Reisen zu entscheiden

bei besonders bedeutsamen Personen,

wenn zu den Anträgen von den beteiligten zuständigen operativen Dienst Einheiten keine übereinstimmende Auffassung erzielt wird.

Die Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen haben eine Abstimmung mit den Leitern der Hauptabteilungen/selbständigen Abteilungen bzw. mit den Leitern anderer Bezirksverwaltungen/Verwaltungen vorzunehmen, wenn die objektmäßige Zuständigkeit bzw. die Zuständigkeit auf Grund aktiver Erfassung der betreffenden Person in der Abteilung XII des MfS außerhalb ihres Verantwortungsbereiches liegt.

5.2. Politisch-operative Aufgaben aller operativen Dienst-einheiten

- Zielstrebige und systematische Nutzung aller operativen Möglichkeiten zur Feststellung und politisch-operativen Aufklärung der in den Verantwortungsbereichen vorhandenen möglichen Antragsteller für Privatreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, insbesondere in dringenden Familienangelegenheiten, mit dem Ziel der Klärung der Frage "Wer ist wer?", der Vorbereitung von politisch-operativen Entscheidungen bei Beantragung von Privatreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin und Festlegung von geeigneten politisch-operativen Maßnahmen, vor allem, wenn Ablehnungen politisch-operativ notwendig werden.
- Politisch-operative Einschätzung der in operativen Vorgängen, OPK und anderen operativen Materialien bearbeiteten und für Privatreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin in Frage kommenden Personen mit dem Ziel, Entscheidungen bei einer Reisebeantragung vorzubereiten. Wird eine Ablehnung aus politisch-operativen Gründen erforderlich und benötigen die betreffenden Personen für die Reisebeantragung zur Sicherung des Geheimnisschutzes die

Zustimmung ihrer gegenwärtigen bzw. letzten Arbeitsstelle, ist unter Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung zu sichern, - im gegebenen Fall in Zusammenarbeit mit der objektmäßig zuständigen operativen Dienst Einheit - daß die Zustimmung bei entsprechender betrieblicher Legenderung nicht erteilt wird.

- Gewährleistung, daß bei der Erteilung der schriftlichen Zustimmung der Arbeitsstelle für Privatreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin von den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, den Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie den gesellschaftlichen Organisationen der Geheimnisschutz gesichert ist. Insbesondere ist darauf Einfluß zu nehmen, daß die staatlichen Regelungen über Ausreisebeschränkungen für Geheimnisträger strikt eingehalten werden und Ausnahmegenehmigungen zu Privatreisen nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin über die geltenden Regelungen hinaus nur in seltenen und besonders begründeten Ausnahmefällen nach individueller Prüfung aller sicherheits- und kaderpolitischen Interessen erteilt werden.

Handelt es sich bei den Antragstellern um Verwandte 1. Grades von Geheimnisträgern einschließlich Angehörigen bewaffneter Organe, ist wie in Abschnitt 3.2.2. angewiesen zu verfahren.

- Realisierung der folgenden Grundsätze bei Entscheidungen über Anträge auf Privatreisen nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin:

Entscheidungen sind, ausgehend vom Grund der Reise und von dem zur Person vorhandenen bzw. erarbeiteten operativen Material, zu jeder Person individuell zu treffen.

Entscheidungen zur Ablehnung von Reiseanträgen sind auf der Grundlage der in der 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstanweisung enthaltenen Kriterien zu treffen.

Bei Ablehnungen sind, ausgehend von der Persönlichkeit des Antragstellers, differenzierte politisch-operative Maßnahmen einzuleiten, um Hinweise vor allem auf ungesetzliches Verlassen der DDR und sich entwickelnde Konfliktsituationen rechtzeitig zu erkennen und politisch-operativ vorbeugend wirksam zu werden. Es ist zu prüfen, inwieweit über den Antragsteller eine generelle Ausreisesperre, insbesondere für nichtsozialistische Staaten und Westberlin, einzuleiten ist. Die Einleitung derartiger Ausreisesperren hat auf der Grundlage der Dienstanweisung Nr. 6/75 zu erfolgen.

- Unverzögliche Mitteilung der Stellungnahme zum Reiseantrag an die für den Hauptwohnsitz eines Antragstellers zuständige Kreisdienststelle bzw. an die Abteilung VI der Verwaltung Groß-Berlin, wenn

ein Abstimmungsersuchen von diesen Dienst-einheiten vorliegt,

durch die Abteilung XII des MfS bzw. die Abteilungen XII der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen oder durch die Kreisdienststelle eine entsprechende Information über eine Antragstellung gegeben wurde.

Dabei sind die Prinzipien der Konspiration und Geheimhaltung konsequent einzuhalten sowie die Bearbeitungsfristen und die Tatsache zu berücksichtigen, daß die Kreisdienststellen und die Abteilung VI der Verwaltung Groß-Berlin über aktive Erfassungen von Personen für andere Dienstseinheiten nicht informiert werden.

- Einleitung von differenzierten operativen Kontrollmaßnahmen - in besonders begründeten Fällen operative Personenkontrolle entsprechend meiner Richtlinie Nr. 1/71 -, wenn dazu die operative Notwendigkeit besteht.

5.3. Politisch-operative Aufgaben der Kreisdienststellen bzw. der Abteilung VI der Verwaltung Groß-Berlin

- Vorbereitung und Durchführung der sich aus der 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstanweisung hinsichtlich des Antrags- und Genehmigungsverfahrens ergebenden Aufgaben,
- Prüfung der Antragsunterlagen auf Vollständigkeit und ordnungsgemäße Bearbeitung durch die DVP sowie Prüfung der mit den Anträgen übergebenen Urkunden bzw. Bestätigungen auf ihre Echtheit, in begründeten Ausnahmefällen unter Einbeziehung des OTS.

- Überprüfung der Antragsteller in der zuständigen Abteilung XII sowie in den Informationsspeichern der Dienstseinheit - in letzteren bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten auch die in nichtsozialistischen Staaten bzw. in Westberlin wohnhaften Verwandten - und Informierung der zuständigen operativen Dienstseinheiten bei Erfassungen in der VSH-Kartei.
- Abstimmung der zu treffenden Entscheidungen über den Antrag mit der objektmäßig zuständigen operativen Dienstseinheit.
- Politisch-operative Aufklärung des Antragstellers durch differenzierten Einsatz von IM und GMS in Abhängigkeit von der Aussagekraft und dem Charakter des vorhandenen operativen Materials und vom Überprüfungsergebnis der Abteilung XII des MfS bzw. der Abteilungen XII der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen sowie bei Widersprüchen und in Zweifelsfällen.
- Ablage der Reiseanträge zur Gewährleistung der politisch-operativen Auswertungstätigkeit.

5.4. Politisch-operative Aufgaben bei der Bearbeitung der Anträge von Bürgern der DDR im Rentenalter

Die politisch-operative Bearbeitung der Erstanträge von Bürgern der DDR im Rentenalter hat grundsätzlich nach den Festlegungen gemäß der Abschnitte 5.1. bis 5.3. dieser Dienstansweisung sowie der in der 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienst-

BSU

000056

- 58 -

anweisung genannten politisch-operativen Aufgabenstellung im Zusammenhang mit dem Antrags- und Genehmigungsverfahren zu erfolgen.

Dabei ist zu sichern, daß

bei dieser antragsberechtigten Personenkategorie die genannten Festlegungen ausgehend von der Person differenziert und im notwendigen Umfang angewandt werden,

beim Bekanntwerden von operativen Hinweisen (nach einem genehmigten Erstantrag), die zur Ablehnung einer Privatreise führen würden, weitere Reisen vom zuständigen VPKA erst nach Klärung dieser operativen Hinweise genehmigt werden.

6. Spezifische Aufgaben von operativen Dienstheiten des MfS zur Sicherung des Reiseverkehrs nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin

6.1. Hauptabteilung II bzw. Abteilungen II der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen

- Politisch-operative Aufklärung und Bearbeitung von Verbindungen der Vertretungen und bevorrechteten Personen nichtsozialistischer u. a. politisch-operativ interessierender Staaten sowie der Korrespondenten dieser Staaten und aus Westberlin zu Bürgern der DDR zur Verhinderung des Mißbrauchs des Reiseverkehrs dieser Personen nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin für feindliche Handlungen in Abstim-

mung mit den zuständigen operativen Dienst-
einheiten.

6.2. Hauptabteilung VIII bzw. Abteilungen VIII der
Bezirksverwaltungen/Verwaltungen

- Durchführung von operativen Beobachtungen im
Zusammenhang mit dem Aus- und Wiedereinreise-
verkehr entsprechend den Auftragsersuchen.
- Durchführung von Ermittlungen im Operations-
gebiet im Zusammenhang mit dem Reiseverkehr
nach nichtsozialistischen Staaten und Westber-
lin entsprechend den Auftragsersuchen.

6.3. Hauptabteilung IX bzw. Abteilungen IX der Bezirks-
verwaltungen/Verwaltungen

- Durchführung der notwendigen Untersuchungshand-
lungen, wenn der Verdacht begründet ist, daß
unter Mißbrauch des Reiseverkehrs nach nicht-
sozialistischen Staaten und Westberlin ein
Staatsverbrechen oder eine andere aus poli-
tisch-operativen Gründen vom MfS zu bearbei-
tende Straftat begangen wurde.
- Unverzögerlicher Einsatz von Spezialisten und
spezifischen Mitteln und Methoden der Dienst-
einheiten der Linie IX zur Untersuchung von
Vorkommnisse im Reiseverkehr nach nichtsozia-
listischen Staaten und Westberlin, soweit das
im Interesse einer schnellen, wirksamen und um-
fassenden Aufklärung erforderlich ist.
- Qualifizierte strafrechtliche und strafprozessuale

BSU

000058

- 60 -

Einschätzung von operativen Vorgängen und anderen operativen Materialien im Zusammenhang mit dem Reiseverkehr nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin und Beratung mit den bearbeitenden Dienststeinheiten, u. a. hinsichtlich der konzentrierten Herausarbeitung der gesetzlichen Tatbestände, der Erarbeitung von Beweisen, der Herauslösung inoffizieller Mitarbeiter, der zweckmäßigsten Variante des Vorgangsabschlusses und der Durchführung notwendiger Untersuchungshandlungen.

- Zusammenwirken mit der DVP und der Zollverwaltung der DDR zwecks Einflußnahme auf einheitliche, den sicherheitspolitischen Erfordernissen entsprechende Einleitungs- und Bearbeitungspraxis bei Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem Reiseverkehr nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin und Sicherung einer ständigen Übersicht über die Bearbeitung und Ergebnisse dieser Ermittlungsverfahren.
- Nutzung aller in anderen Ermittlungsverfahren des MfS und der Arbeitsrichtung II der Kriminalpolizei sowie bei der Klärung von Vorkommnissen gegebenen Möglichkeiten zur Erarbeitung von Hinweisen auf beabsichtigten oder erfolgten Mißbrauch des Reiseverkehrs nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin.
- Gewährleistung einer zentralen Übersicht über Untersuchungsergebnisse im Zusammenhang mit dem Reiseverkehr nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin auf der Grundlage aktueller und detaillierter Informationen seitens der Abteilungen IX der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen

und Analysierung dieser Untersuchungsergebnisse zur wirksamen Unterstützung bei der Aufklärung der feindlichen Pläne, Absichten und Maßnahmen sowie Mittel und Methoden, der Organisatoren, Hintergründe, Zusammenhänge und begünstigenden Bedingungen des Mißbrauchs des Reiseverkehrs nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin.

6.4. Hauptabteilung XIX bzw. Abteilungen XIX der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen

- Organisation eines engen Zusammenwirkens mit dem Ministerium für Verkehrswesen und diesem nachgeordneten Einrichtungen sowie der Transportpolizei, insbesondere zur Gewährleistung eines sicheren Betriebsablaufes sowie von Ordnung und Sicherheit auf dem Gelände der Deutschen Reichsbahn, vor allem auf den Grenzbahnhöfen (in Zusammenarbeit mit den Diensteinheiten der Linie VI).
- Einflußnahme auf die Tätigkeit der Transportpolizei, insbesondere zur Feststellung, Aufklärung und Verhinderung von Straftaten u. a. Rechtsverletzungen und zur Kontrolle von Personen im Reiseverkehr nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin.

6.5. Abteilungen M/PZF des MfS und der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen

- Zielgerichtete Fahndung nach Hinweisen, daß Reisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin für feindlich-negative Handlungen, insbesondere für das ungesetzliche Verlassen der DDR und zur Organisierung des staatsfeindlichen Menschen-

BSU

000060

- 62 -

handels, mißbraucht werden sollen.

Gewährleistung einer solchen Organisation aller politisch-operativen Maßnahmen, die eine Verzögerung in der postalischen Beförderung der für die Beantragung von Privatreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin erforderlichen Urkunden bzw. amtsärztlichen Bestätigungen ausschließt.

6.6. Abteilung XII des MfS bzw. Abteilungen XII der Bezirksverwaltungen/Verwaltung

Sofortige Überprüfung der Anträge, Auskunftserteilung und Informierung der zuständigen Dienst-einheiten entsprechend den in dieser Dienstanweisung und in der 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstanweisung festgelegten Verfahrensweisen.

7. Ausreisen von Ausländern und Staatenlosen mit ständigem Wohnsitz in der DDR (Personen mit Aufenthaltserlaubnis) nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin

Im Rahmen der abwehrmäßigen Sicherung der Personen mit Aufenthaltserlaubnis, die auf der Grundlage der entsprechenden dienstlichen Bestimmungen und Weisungen zu erfolgen hat, ist die generelle Aufgabenstellung dieser Dienstanweisung grundsätzlich zu realisieren. Es sind alle notwendigen politisch-operativen Maßnahmen einzuleiten, um den Mißbrauch des Reiseverkehrs dieser Personen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin für eine subversive Tätigkeit gegen die DDR und die Länder der

sozialistischen Staatengemeinschaft zu verhindern.

Anträge von Personen mit Aufenthaltserlaubnis auf Reisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin werden grundsätzlich nach den gleichen Verfahren und Kriterien bearbeitet, die für Bürger der DDR gelten.

Dabei sind die Besonderheiten zu beachten, die in zwischenstaatlichen Vereinbarungen festgelegt sind. (Vgl. 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstweisung, Anlage 1.)

(Die Aufgaben der abwehrmäßigen Sicherung von Personen, die sich mit Aufenthaltsgenehmigung bzw. mit Aufenthaltsberechtigung in der DDR aufhalten, sind in der Dienstweisung Nr. 3/75 geregelt.)

8. Aufgaben auf dem Gebiet der politisch-operativen Auswertungs- und Informationstätigkeit

8.1. Die politisch-operative Auswertungs- und Informationstätigkeit hat auf der Grundlage der Dokumente meines Befehls Nr. 299/65 zu erfolgen.

8.2. Alle im Zusammenhang mit der politisch-operativen Sicherung des Reiseverkehrs nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin gewonnenen Informationen zu feindlich-negativen u. a. politisch-operativ relevanten Handlungen, Vorkommnissen und Erscheinungen sind in den Informationsspeichern der zuständigen operativen Dienst Einheit ständig zu vergleichen und lückenlos zu erfassen.

BSIU

000062

- 64 -

8.3. Der Informationsfluß hat entsprechend der in dieser Dienstanweisung festgelegten Verantwortlichkeit und Aufgabenstellung an die zuständigen Dienststellen zu erfolgen. Alle für die Führung und Leitung der politisch-operativen Arbeit zur politisch-operativen Sicherung der Ausreisen von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin notwendigen Informationen sind unter Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung zwischen den zuständigen operativen Dienststellen auszutauschen.

Die Hauptabteilungen haben entsprechend ihrer Verantwortlichkeit und Aufgabenstellung ständig die Übersicht über die politisch-operative Lage im Zusammenhang mit der politisch-operativen Sicherung der Ausreisen von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin auf ihrer Linie zu führen und die erforderlichen Voraussetzungen für zentrale Entscheidungen und einzuleitende Maßnahmen zu schaffen.

9. Schlußbestimmungen

9.1. Die Aufgaben der Dienststellen des MfS zur Abwicklung des Antrags- und Genehmigungsverfahrens bei Antragstellung auf Reisen nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin, vor allem im Rahmen des Zusammenwirkens mit der DVP, sind in der 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Dienstanweisung festgelegt.

9.2. Für die politisch-operative Sicherung der Ausreisen von Leistungssportlern u. a. Personen aus dem

BSIU

000063

- 65 -

VVS MfS 008-734/75

Bereich Sport, die in nichtsozialistischen Staaten bzw. in Westberlin zum Einsatz kommen, gelten über die Aufgabenstellung dieser Dienst-anweisung hinaus die Festlegungen in meiner Dienstanweisung Nr. 4/71.

Mielke

Generaloberst